

# Antrag A13: Solidarität mit Sexarbeiter\*innen

Status:

angenommen

## Solidarität mit Sexarbeiter\*innen, für Rechte und Sichtbarkeit - Gegen Patriarchat, staatliche Repression und Menschenhandel

Der Kampf gegen Sexismus, patriarchale Gewalt und Ausbeutung kann nicht getrennt vom Kampf gegen staatliche Repression, rassistische Migrationspolitik und soziale Ungleichheit geführt werden. Sexarbeit ist kein isoliertes Phänomen, sondern eingebettet in patriarchale Machtverhältnisse, kapitalistische Ausbeutungslogiken und restriktive Grenz- und Aufenthaltsregime. Gerade deshalb braucht es eine linke Position, die **Solidarität mit statt Stigmatisierung von Sexarbeiter\*innen** ins Zentrum stellt. Wir stehen an der Seite aller Personen, die als Sexarbeiter\*innen tätig sind.

Der Kampf gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung (sog. Zwangsprostitution) ist zwingend notwendig und muss konsequent geführt werden. Gleichzeitig ist klar: Dieser Kampf kann nicht über Kriminalisierung, Verdrängung oder „Sexkaufverbote“ gewonnen werden. Repressive Maßnahmen führen nicht zur Abschaffung von Gewalt, sondern verlagern sie in unsichtbare, unkontrollierbare Räume. Dort steigen Abhängigkeiten, Ausbeutung und Gewalt – während der Zugang zu Beratung, Schutz und Unterstützung massiv erschwert wird.

Menschenhandel ist kein Randphänomen, sondern Ausdruck struktureller Gewalt. Er entsteht dort, wo Menschen entrechtet sind: durch Armut, Flucht, fehlende Aufenthaltsperspektiven, keine Arbeitserlaubnis und permanente Angst vor staatlicher Verfolgung. Besonders migrantische und illegalisierte Sexarbeiter\*innen sind gefährdet, weil sie Gewalt kaum anzeigen können, ohne Repression, Abschiebung oder Strafverfolgung zu riskieren. Staatliche Kontrolle wird so selbst Teil des Gewaltverhältnisses.

Als Linke halten wir fest: Der Kampf gegen Menschenhandel muss parallel zur Entkriminalisierung von Sexarbeit geführt werden. Diese beiden Ziele widersprechen sich nicht – sie bedingen einander. Nur dort, wo Sexarbeit sichtbar, rechtlich abgesichert und entstigmatisiert ist, können Ausbeutungsstrukturen erkannt, bekämpft und aufgebrochen werden. Entkriminalisierung ist keine Verharmlosung von Gewalt, sondern eine Voraussetzung für wirksamen Schutz.

Dabei ist es notwendig anzuerkennen, dass Sexarbeit kein einheitliches, homogenes Feld ist. Sie umfasst sehr unterschiedliche Formen, Settings und Motivationen - von hochgradig prekären, gewaltvollen Ausbeutungsverhältnissen bis hin zu selbstorganisierten, relativ autonomen Arbeitsformen. Diese Vielschichtigkeit darf weder romantisiert noch negiert werden. Eine linke Analyse muss Widersprüche aushalten: Sexarbeit kann Ort massiver Gewalt und Ausbeutung sein, kann aber auch Handlungsspielräume eröffnen oder gar ein Lebensentwurf sein. Politische Antworten müssen sich an den realen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Betroffenen orientieren.

Zentral ist dabei die Migrations- und Arbeitspolitik. Restriktive Aufenthaltsgesetze und der Ausschluss vom regulären Arbeitsmarkt zwingen Menschen in prekäre Abhängigkeiten. Der Zugang zu sicheren Aufenthaltsrechten und Arbeitserlaubnissen ist daher ein entscheidender Schutz vor Menschenhandel und Ausbeutung. Dieser Zugang darf nicht an Kooperation mit Polizei oder Strafverfolgungsbehörden gekoppelt sein. Menschenrechte dürfen nicht von Verwertbarkeit oder Aussagebereitschaft abhängig gemacht werden. Die Diskriminierung von Sexarbeiter\*innen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, ihr fehlender Zugang zu Versicherungen oder Bankdienstleistungen und gesellschaftliche Ausschlüsse sind

bislang folgenlos. Die Benachteiligungen müssen ein Ende haben.

Zu bedenken ist darüber hinaus eine queerpolitische Perspektive, da insbesondere trans\* Personen oft durch Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und unzureichende medizinische Versorgung in prekäre Lebenssituationen geraten. Trans\* Personen üben nicht nur überdurchschnittlich oft Sexarbeit als Überlebensstrategie aus – sie sind in dieser Arbeit auf Grund von Queerfeindlichkeit auch einem erhöhten Gewaltrisiko ausgesetzt.

Staatliche Repression - in Form von Sperrgebieten, Meldepflichten, Polizeikontrollen, gesundheitsrechtlichen Sonderauflagen und aufenthaltsrechtlicher Überwachung – multipliziert patriarchale Macht. Sie diszipliniert Körper und Sexualität, statt Gewalt zu bekämpfen. Ein „Sexkaufverbot“ fügt sich nahtlos in diese Logik ein: Es kriminalisiert indirekt Sexarbeiter\*innen, entzieht ihnen Handlungsspielräume und erhöht das Gewaltpotenzial durch Unsichtbarkeit.

Ein konsequenter queerfeministischer und linker Ansatz stellt sich dem entgegen. Er erkennt an, dass Sexarbeit in unterschiedlichen Formen existiert und dass Selbstbestimmung unter ungleichen Bedingungen immer widersprüchlich ist. Er setzt nicht auf Moral, Verbote oder Kontrolle, sondern auf Rechte, soziale Absicherung, Schutz, Selbstorganisation und reale Alternativen. Wir erkennen Sexarbeit als Arbeit an, jedoch wird dieser in den meisten Fällen als notwendige Überlebensstrategie nachgegangen. Daraus folgt, dass die Politik in der Verantwortung ist, Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiter\*innen zu verbessern.

Solidarität mit Sexarbeiter\*innen ist daher kein Nebenwiderspruch linker Politik. Sie ist ein zentraler Bestandteil des Kampfes gegen Patriarchat, staatliche Unterdrückung, Rassismus und den gesellschaftlichen Rechtsruck. Wer Gewalt bekämpfen will, muss Machtverhältnisse angreifen und das heißt: Entkriminalisieren, absichern, sichtbar machen und die strukturellen Ursachen von Ausbeutung beseitigen.

Um diese Ziele zu erreichen, fordert Die Linke Hamburg Bürgerschaft und Senat auf, sich einzusetzen und zu sorgen für:

- Die Abschaffung der Kontaktverbotsverordnung.
- Die Abschaffung der Sperrgebietsverordnung.
- Eine Aufenthaltsstatusgarantie für Opfer von Menschenhandel.
- Die Stärkung von NGO-Beratungsstrukturen für Sexarbeiter\*innen, insbesondere für trans\*Personen und solche in prekären Lebenssituationen.
- Notunterkünfte für Sexarbeiter\*innen.
- Die Schaffung einer Ombudsstelle für Konflikte zwischen Sexarbeiter\*innen und Betreiber\*innen oder Portalbetreibenden (z.B. im Falle zu hoher Mieten oder Gängelung).
- Die Aufnahme der Kategorie ‚Sexarbeitsfeindlichkeit‘ in den Katalog des Antidiskriminierungsbüros.
- Schulung von Behördenmitarbeitenden im diskriminierungssensiblen Umgang mit Sexarbeiter\*innen.
- Zugang zu Mutterschutz und Elternzeit – auch für selbständige Sexarbeiter\*innen.
- Sexarbeiter\*innen müssen in allen sie betreffenden Belangen gehört und einbezogen werden!

Der Landesvorstand der Die Linke Hamburg wird

- mit Blick auf die Evaluierung des Prostituiertenschutzgesetzes im kommenden Herbst/Winter im Bundestag zur diesbezüglichen Positionsbestimmung des Landesverbands beitragen.
- dazu mit den relevanten gesellschaftlichen Akteur\*innen – z.B. AIDS-Hilfe, Beratungseinrichtungen, Diakonie, Selbstvertretungen von Sexarbeitenden –, auch im Rahmen der einschlägigen

Landesarbeitsgemeinschaften (z.B. Feminismus, Gesundheit, Queer) und mit der Bürgerschaftsfraktion – den Austausch und die Kooperation suchen.

- in den kommenden Monaten, spätestens bis zum Oktober, für den Landesverband mindestens eine Bildungs-/Diskussionsveranstaltung zum Themenfeld feministische Perspektiven auf Sexarbeit organisieren und durchführen.